



www.laender-analysen.de/ukraine

RUSSISCHE STAHLINDUSTRIE UND DIE UKRAINE VERFASSUNGSÄNDERUNG: VERLÄNGERUNG DER LEGISLATUR- PERIODE DES PARLAMENTS

■ ANALYSE	
Die russische Stahlindustrie und die Ukraine	2
Von Stephen Fortescue, Sydney	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Stahl- und Eisenerzproduktion	6
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
Verfassungsänderung: Fünfjährige Legislaturperiode für das Parlament	12
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 26. Januar bis zum 7. Februar 2011	14



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die russische Stahlindustrie und die Ukraine

Von Stephen Fortescue, Sydney

Zusammenfassung

Nach dem Ende der Sowjetunion arbeiteten die russische und die ukrainische Stahlindustrie weitgehend unabhängig voneinander. In beiden Ländern wurde die Stahlindustrie privatisiert und die neuen Unternehmer strebten nach vertikaler Integration. Mitte der 2000er Jahre begannen die russischen Stahlproduzenten sich dabei auch für ausländische Unternehmen zu interessieren und sahen sich alsbald mit dem Vorwurf eines politisch motivierten Vorgehens konfrontiert. Insbesondere hinter dem Engagement von Evraz in der Ukraine wurden geostrategische Interessen des Kreml vermutet. Diese Vorwürfe sollen im Folgenden anhand der Firmenpolitik von Evraz diskutiert werden.

Einleitung

Zu sowjetischer Zeit war die Stahlindustrie soweit wie möglich geografisch konzentriert, das heißt, man versuchte Hütten- und Stahlwerke in der Nähe der wichtigsten Rohstoffe zu errichten, vor allem nahe der Eisenerz- und Kokssteinkohlelagerstätten. Dies war Folge der Planwirtschaft sowie des Drucks der regionalen politischen Führer, die die Autarkie ihrer Regionen anstrebten. Das bedeutete auch, dass die Stahlindustrie der russischen und der ukrainischen Sowjetrepublik größtenteils selbstständig war. Beide verfügten über umfangreiche lokale Eisenerz- und Kohlevorräte. Mangan und Chromit, wichtige Stoffe zur Eisenlegierung, waren hingegen zumindest in Russland selten zu finden.

Gemeinsamkeiten in der Entwicklung

Das hohe Maß an Selbstständigkeit der Stahlindustrien bedeutete, dass diese nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Großen und Ganzen in den neu entstandenen Ländern jeweils ihre eigenen Wege gehen konnten, ohne Zulieferungen über die neuen Grenzen hinweg organisieren zu müssen. Wenngleich jede Industrie ihren eigenen Weg einschlug, wiesen diese Wege deutliche Gemeinsamkeiten auf. In beiden Ländern wurde die Stahlindustrie privatisiert, auch wenn dies in der Ukraine langsamer vonstattenging als in Russland. Beide Industrien überlebten den Einbruch der einheimischen Nachfrage, indem sie Exportmärkte erschlossen. Im russischen Fall lagen die neuen Märkte vor allem im Westen und in Asien; die Ukraine steigerte ihre Verkäufe auch deutlich nach Russland. Beide Länder hatten mit Anti-Dumping-Maßnahmen im Westen zu kämpfen, wobei die Ukraine diesem Problem auch in Russland begegnete. Russische Stahl- und Röhrenproduzenten beschwerten sich im Laufe der Jahre immer wieder über die billigen Importe aus der Ukraine. Das Steigen und Sinken der Einfuhrzölle ist hier eine Konstante in den Handelsbeziehungen, wobei die letzte Absen-

kung mit der Anhebung des Einfuhrkontingents für ukrainische Rohre nach Russland im Dezember 2010 zusammenhing. Eine weitere Gemeinsamkeit der beiden Industrien nach dem Zerfall der Sowjetunion war, dass sie eher nach vertikaler als nach horizontaler Integration strebten. Es ging ihnen also eher um die Kontrolle über Zulieferbetriebe als um die Übernahme von Konkurrenzunternehmen.

Interesse an Anlagen im Ausland

Da eine vertikale Integration innerhalb nationaler Grenzen grundsätzlich erreichbar gewesen wäre, eine horizontale Integration aber wenig Anreize bot, ist es nicht verwunderlich, dass kaum Interesse am Erwerb von Anlagen im Ausland bestand, auch nicht im nahen Ausland (ehemalige GUS-Staaten). Sogar im Falle der Eisenlegierungen, bei denen die russischen Produzenten nicht auf Lieferungen aus dem Inland zurückgreifen konnten, gab es keine großen Anstrengungen zur Sicherung von Besitzrechten an den Zulieferern, die entsprechend der postsowjetischen Neuordnung im Ausland lagen. 75 % der sowjetischen Manganreserven lagen in der Ukraine und 86 % der Nachfrage kamen von dort. Russland verfügte nur über 5 % der Vorräte und die waren von schlechter Qualität. Was Chromit betrifft, verfügte Russland über 2 % der sowjetischen Reserven und stellte 5,5 % der Nachfrage. Der Großteil des sowjetischen Chromits lag in Kasachstan. Während der russische Hauptproduzent, das Elektrometallurgie-Kombinat Tscheljabinsk, behauptet, die Chromit-Situation durch die Erschließung von Vorkommen in der Jamal-Region zu verbessern, gab es so gut wie keine Fortschritte im Manganbereich, wovon große Mengen weiterhin aus der Ukraine importiert werden.

Man könnte sich fragen, warum die russischen Eisenlegierungswerke nicht versucht haben, die ausländischen Produzenten von Zulieferprodukten aufzukaufen. Rusal, ein russischer Aluminiumproduzent, bemühte sich immerhin darum, Besitzansprüche auf

den Hauptlieferer von Bauxit, das Aluminium-Hüttenwerk Mykolajiw in der Ukraine, aufzukaufen und zu halten. Hier spielte der geringe Enthusiasmus ausländischer Regierungen für solche Geschäfte eine Rolle. (Rusal warf man vor, Investitionsversprechen nicht eingehalten zu haben und drohte dem Unternehmen mit der Annullierung der Besitzrechte.) Es wird vermutet, dass auch Geldmangel ein Grund für die ausbleibenden Aufkäufe war, denn die Hersteller von Eisenlegierungen waren knapp bei Kasse.

Wenn schon die russischen Produzenten von Eisenlegierungen nicht daran interessiert waren, ukrainische Rohstoffproduzenten aufzukaufen, war erst recht nicht zu erwarten, dass die Stahlproduzenten, die ja im Allgemeinen über sichere Quellen für einheimische Inputs verfügten, daran interessiert gewesen wären. Dies entsprach in der ersten Hälfte der 2000er Jahre tatsächlich der Realität. Ab Mitte des Jahrzehnts jedoch entwickelten einige russische Stahlproduzenten plötzlich Interesse am Kauf ausländischer Anlagen, oft kurz nachdem sie erklärt hatten, dass sie genau daran nicht interessiert seien. Teilweise betraf dieses neue Interesse auch die Ukraine.

Den Anfang macht Usmanow

Der Startschuss kam von Alischer Usmanow. Er war spät zum Klub der russischen Metallmagnaten gestoßen und fällt ansonsten dadurch auf, dass seine zentralen Unternehmensgüter eher Eisenerzminen (Lebedi und Michajlowka) als Stahlwerke sind (obschon seinem Unternehmen Metalloinvest die Metallhütten Oskol und Nosta gehören). 2005 sprach er davon, einen riesigen Stahlkonzern gründen zu wollen, der Anlagen in Russland, der Ukraine und Kasachstan unter einem Dach vereinen werde. Im darauffolgenden Jahr hieß es, er wolle Metalloinvest mit dem ukrainischen Unternehmen Industrieunion Donbass (ISD) fusionieren. Aus all diesen und den später bekannt gewordenen Plänen zum Einstieg in die ukrainische Stahlindustrie wurde jedoch nichts. Usmanow ist bei seinen Geschäften vorsichtiger als mit seinen Worten, vielleicht, weil er für die mutmaßlichen Pläne in der Ukraine und anderswo dann doch zu viele Schulden angehäuft hatte, um dort viel zu erreichen. Außer Evraz, wovon gleich die Rede sein wird, hat kein russischer Stahlproduzent großes Interesse an ukrainischen Anlagen gezeigt und keiner betreibt hier mehr als reine Handelsgeschäfte.

Evraz kauft in der Ukraine ein

Das Unternehmen Evraz ist hier die große Ausnahme. Bevor die Beteiligung von Evraz an der ukrainischen Stahlindustrie en détail beschrieben wird, sind einige Hintergrundinformationen zum Unternehmen nützlich.

Die Evraz-Gruppe (zeitweilig bekannt als Evrazholding) ist aus einer Gruppe junger Absolventen des Moskauer Instituts für Physik und Technologie hervorgegangen, die in den frühen 1990er Jahren das Stahlhandelsunternehmen Eurasian Metals betrieb. Von den Gründungsmitgliedern hatten Alexander Abramow und Alexander Frolow den längsten Atem. Eurasian Metals kaufte zunächst Unternehmensanteile an den Produzenten, mit denen es Geschäfte machte, beteiligte sich dann am Management, um schließlich die ursprünglichen Eigentümer aus dem Unternehmen zu drängen. Auf diese Weise eignete sich Evraz drei Stahlunternehmen im Ural und in Sibirien an (Nischnij Tagil, Westsibirien, Nowokusnetz). Im Juni 2006 verkauften Abramow und Frolow die Hälfte ihrer Anteile an den früheren Ölbaron Roman Abramowitsch, der nun mit 41,5 % größter Anteilseigner ist; ein gleichgroßer Anteil verblieb bei Abramow und Frolow.

Im Dezember 2007 wurde bekannt gegeben, dass Evraz dem Aufkauf von fünf Stahlindustrieanlagen der ukrainischen Privat-Gruppe zugestimmt habe, wozu Kokereien, eine Eisenerzmine und ein integriertes Stahlwerk gehörten (das Petrowskij Metallkombinat, Dnipropok, die Eisenerzmine Sucha Balka, das Dniprodzschinskij Kokskohlewerk und den Koksproduzenten Baglejkoks).

Der Preis betrug 3 Mrd. US-Dollar, wovon 50 % direkt und 50 % in Evraz-Anteilen bezahlt wurden. Die eingesetzten Anteile machten 9,72 % des Evraz-Kapitals aus. Ihor Kolomojskij, Miteigentümer der Privatbank, hielt nun diese Anteile und wurde damit Vorstandsmitglied bei Evraz (diesen Posten hat er heute nicht mehr inne).

Während der Geschäftsabwicklung mit dem Privat-Unternehmen erklärte Evraz, dass man mit diesem Schritt größere Liefersicherheiten anstrebe, insbesondere bei Eisenerz. Frolow sagte, »mit diesem Geschäft wird unser Grad der Selbstständigkeit bei Eisenerz wachsen und die Integration von Evraz in den Eisenerzbergbau wird sich fortsetzen«. Zu diesem Zeitpunkt konnte Evraz mit eigener Produktion in Russland nur 75 % seines Eisenerzbedarfs decken. Experten haben darauf hingewiesen, dass der Kauf neue Absatzmärkte für die Evraz-Kohle geschaffen habe und so entwickelte sich Evraz zu einem großen Kohleunternehmer, weit über die Bedürfnisse der eigenen Stahlproduktion in Russland hinaus. Bemerkenswert ist auch, dass die von Privat übernommenen Anlagen heruntergekommen und mit veralteter Technik ausgestattet waren. Dies stellte für Evraz jedoch kein Problem dar, denn es hatte sich in Russland bereits durch die Übernahme einiger der marodesten Produktionsanlagen und deren Modernisierung einen Namen gemacht.

Was bringen die Geschäfte?

Trotz der verschiedenen Argumente für das Geschäft wurde es von den meisten Experten damals als strategisch nicht sinnvoll und übersteuert angesehen, insbesondere was die Bewertung der Evraz-Aktie betrifft. Sicherlich brachte der Deal Evraz in eine angreifbare Position gegenüber der Privat-Gruppe, da die erworbenen Güter nicht so einfach aus der Wertschöpfungskette des Verkäufers ausgekoppelt werden konnten. In der Tat sah sich Evraz gezwungen, Privat vor Gericht zu bringen, weil das Unternehmen den Transport von Eisenerzexporten aus Sucha Balka über das angrenzende Gebiet des Eisenerzkombinats Kriwyj Rih abgelehnt hatte. Sucha Balka, ohne eigene Aufbereitungskapazitäten, verlor außerdem den automatischen Zugang zu den der Privat-Gruppe gehörenden Aufbereitungsanlagen des Südlichen Bergbau- und Aufbereitungskombinats (IuGOK). Obgleich es Berichte darüber gibt, dass Evraz bald nach dem Kauf Kohle zu seinen neuen ukrainischen Kokeereien transportiert habe, heißt es in anderen Meldungen, Evraz habe schnell bemerkt, dass es nicht die erwartete Menge an Kohle aus seinen russischen Geschäften abziehen könne und seine ukrainische Koksproduktion deshalb mit angekaufter Kohle bestreiten müsse. Zu allem Überfluss machten die Anlagen Verluste, als die globale Finanzkrise zuschlug.

Diese Rückschläge schreckten das russische Unternehmen jedoch nicht ab, und im Dezember 2009 kauften Evraz-Verbündete 50 % plus 2 Aktien von der Industrieunion Donbass, angeblich für 1 Mrd. US-Dollar. (Es gab zunächst Gerüchte, Usmanow habe etwas damit zu tun, die sich jedoch als unbegründet herausstellten.) ISD, dessen größte Vermögenswerte die Metallkombinate Altschewsk und Dniprowsk, Dunafer in Ungarn sowie Huta Chęstochowa in Polen sind, hatte zu Beginn der Finanzkrise Probleme mit der Fremdfinanzierung bekommen. Das Unternehmen hatte unter anderem Schulden bei der Prominvestbank, an der die russische Bank für Außenwirtschaft (Wneschekonombank, WEB) seit Januar 2009 75 % plus 2 Aktien hält. Bald nach dem Deal kaufte die WEB 1 Mrd. US-Dollar Schulden von ISD auf.

Zu diesem Geschäft gibt es keinen Kommentar vonseiten des Unternehmens Evraz. Der Kauf wurde nicht direkt über Evraz abgewickelt und auf der Homepage des Unternehmens wird er ebenfalls nicht erwähnt. So sind zwangsläufig alle Überlegungen dazu Spekulation. Einige der angestellten Vermutungen betrafen die mögliche politische Komponente. Es gab Gerüchte, die den Eintritt von Evraz in die Ukraine, insbesondere den ISD-Deal, als Teil einer geostrategisch-politischen Kampagne des durchsetzungsstarken Russland zur Wiederherstellung der Hegemonie in den ehemaligen Sowjet-

republiken ansahen. Hier galt Abramowitsch, der ein Jahr vor dem ISD-Deal zum Unternehmen gekommen war, als Mann des russischen Staates, der mit der WEB zusammenarbeite, um Vorteile aus der krisenverursachten Schwäche der ukrainischen Wirtschaft zu ziehen und strategische Anteile billig aufzukaufen. Angesichts der Tatsache, dass die beiden Hauptkandidaten bei der Präsidentschaftswahl, die zur Zeit des ISD-Deals stattfand, eine pro-russische Wahlkampfstrategie verfolgten, war es für Evraz leicht, sich zu engagieren. Auch wenn Evraz immer als Teil der Einflussosphäre von Julija Tymoschenko gesehen wurde, traf sich Abramowitsch nach der Wahl mit Janukowytsch, um sich zu versichern, dass auch der neue Präsident mit dem Deal zufrieden sei.

Es wurde oft gesagt, Abramowitsch sei stets ein williges Instrument des Kreml gewesen, habe seinen Anteil am Exil Beresowskijs und am Bankrott von Yukos und habe schließlich auch sein Ölonternehmen Sibneft an das schnell expandierende Staatsunternehmen Rosneft verkauft. In der Stahlindustrie wurde weithin erzählt, dass sein Eintritt bei Evraz der erste Schritt einer vom Kreml entfachten Kampagne zur Konsolidierung der russischen Industrie gewesen sei. Tatsächlich aber hat Abramowitsch nichts dergleichen versucht, geschweige denn erreicht.

Mangelnde Beweise für politische Motivation

Einige betrachten die mangelnde Wirtschaftlichkeit der Investitionen von Evraz in die Ukraine als Beweis für die politische Motivation dieser Geschäfte. Dagegen spricht, dass Abramowitsch zwar als gefügiges Instrument des Kreml gesehen werden kann, es aber keine Beweise dafür gibt, dass er seine persönlichen Interessen geopfert hätte, um dieser Rolle zu entsprechen. Es ist auch sinnvoll, das Engagement von Evraz in der Ukraine in den breiteren Kontext der Auslandsinvestitionen des Unternehmens zu stellen.

Zu der Zeit, als sich Evraz in der Ukraine engagierte, war das Unternehmen auch intensiv mit dem Kauf von Anlagegütern in anderen Teilen der Welt beschäftigt. Den Sprung ins Ausland machte es im Jahr 2006. In den ersten beiden Jahren kaufte Evraz drei große Eisen- und Stahlunternehmen in Nordamerika und Südafrika (Strategic Minerals Corporation, Highveld, Oregon Steel). Stahlwerke in Italien (Palini e Bertoli) und in Tschechien (Vitkovice) gehörten dem Unternehmen schon vorher. Im Jahr 2008 kaufte Evraz den US-amerikanischen Hersteller von Grobblechen Claymont und die kanadischen Großrohranlagen von Ipsco.

Auch wenn einige behauptet haben, dass russische Investitionen im Ausland Teil einer staatlich gelenkten strategischen Expansion seien, kann man die Aktivitä-

ten von Evraz in Nordamerika nur schwerlich in diesem Licht sehen. Wenngleich opportunistisch und vielleicht ein wenig leichtfertig, scheinen es kommerziell motivierte Investitionen zu sein. Man könnte argumentieren, dass die Geschäfte mit der Ukraine in das Muster der generellen Strategie von Evraz für das Ausland passten: ein wenig opportunistisch und bestimmt risikofreudig, mit der Bereitschaft etwas mehr zu zahlen als üblich.

Die Finanzkrise brachte Evraz die von Experten befürchteten Probleme bei der Schuldenrückzahlung, und das Unternehmen war das einzige auf dem russischen Stahlsektor, das Ende 2008 zur Teilnahme am staatlichen Notkreditprogramm (über WEB) gezwungen wurde. Aber es ist mit diesen Herausforderungen gut zurechtgekommen und zeigte nicht die Absicht, seine Auslandsstrategie zu ändern. Auch wenn die Pläne von Evraz bezüglich der ISD-Güter noch unklar sind, formuliert das Unternehmen in seinem neuesten Jahres-

bericht eine strategische Absichtserklärung: Modernisierung der Anlagen der Privat-Gruppe, inklusive des Ausbaus der Aufbereitungskapazitäten und der Schieneninfrastruktur in Sucha Balka.

Resümee

Die Bereitschaft, Geld für ukrainische Unternehmen auszugeben, auch wenn das Geld von einer staatlichen russischen Bank zur Verfügung gestellt oder zumindest abgesichert wird, ist kein Beweis für ein staatlich induziertes geostrategisches Motiv. Diese Bereitschaft passt eher zu dem Bild von der risikofreudigen und umsatzinteressierten Unternehmenspolitik des Unternehmens Evraz. Allerdings ist dies wiederum kein Beweis dafür, dass die geostrategischen Interessen des Kreml bei den Investitionen in die Ukraine keine Rolle gespielt haben.

Übersetzung aus dem Englischen: Judith Janiszewski

Über den Autor:

Stephen Fortescue ist Associate Professor für Russische Politik an der University of New South Wales, Sydney, Australien. Seine Forschungsinteressen betreffen die russische Bergbau- und Metallindustrie, die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat in Russland sowie die dortigen aktuellen politischen Prozesse.

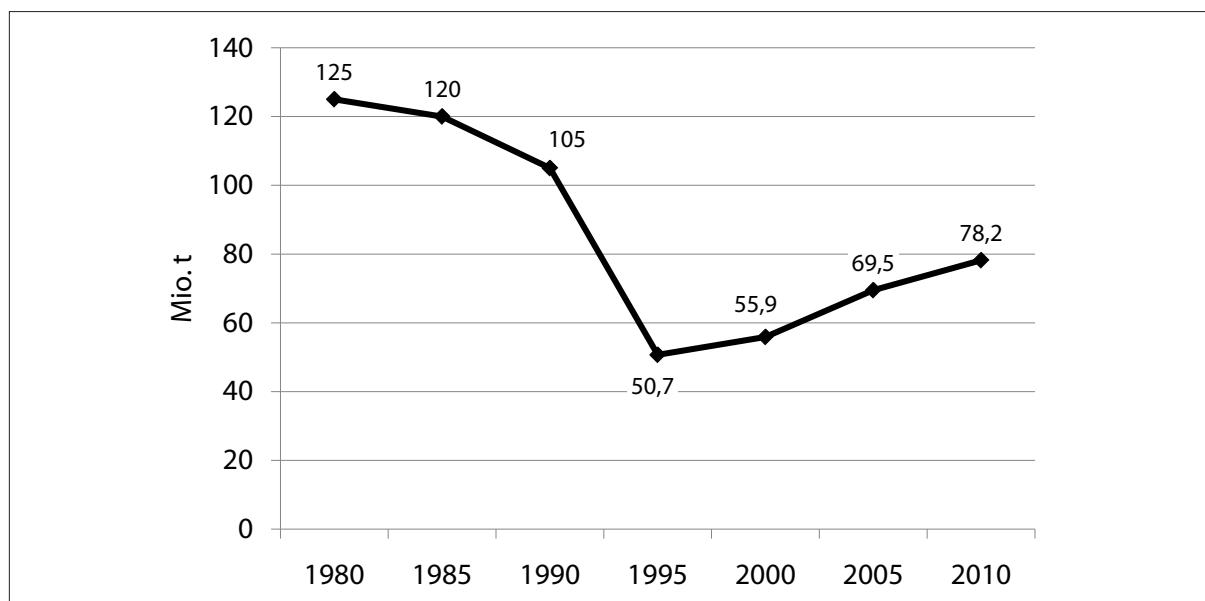
Lesetipps:

- Evraz: Annual Report and Accounts 2009, Moscow, 2010, www.evraz.com
- Fortescue, Stephen: Russia's Oil Barons and Metal Magnates. Oligarchs and the state in transition, Palgrave, Basingstoke, 2006, S. 233. (übersetzt ins Russische als *Russkie neftjanye barony i magnaty metalla. Oligarchi i gosudarstvo v perechodnyj period*, Stolica-Print, Moscow, 2008).
- Fortescue, Stephen: The Russian steel industry, 1990–2009, Eurasian Geography and Economics, Jg. 50, Nr. 3, Mai–Juni 2009, S. 252–274.
- Rumer, Boris Z.: Soviet Steel. The challenge of industrial modernization in the USSR, Cornell University Press, Ithaca and London, 1989.

Stahl- und Eisenerzproduktion

Teil 1: Produktion in der Ukraine

Grafik 1: Die Entwicklung der ukrainischen Eisenerzproduktion 1980–2010 (Mio. t)



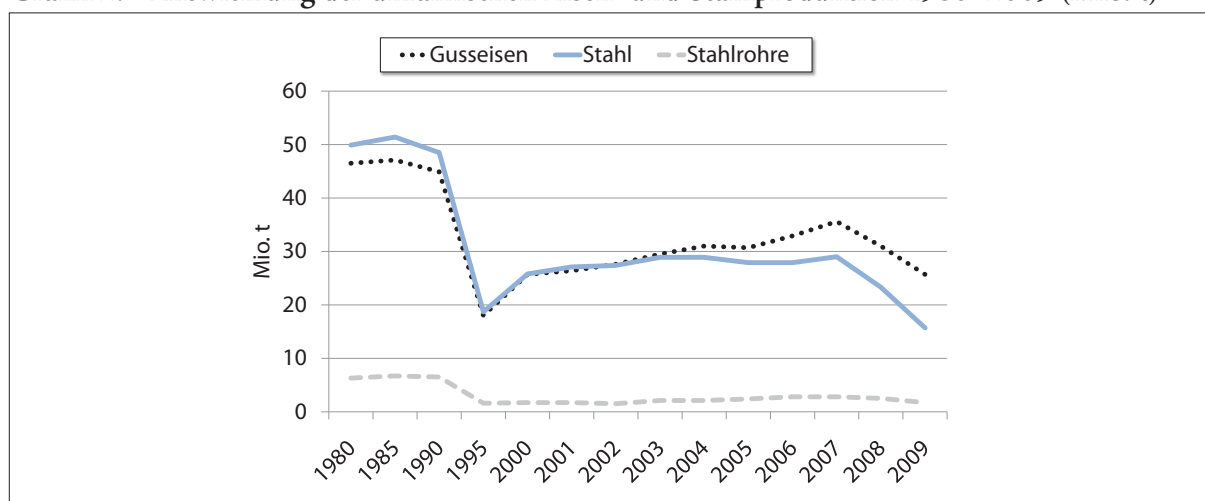
Quelle: Staatliches Ukrainisches Statistikkomitee, <http://www.ukrstat.gov.ua>

Tabelle 1: Die zehn größten ukrainischen Eisenerzproduzenten 2008 und ihre aktuellen Eigentümer

	Umsatz in Mio. Euro	Eigentümer
Nördliches GOK	1351,4	Metinvest
Ingulezker GOK	835,5	Metinvest
Südliches GOK	596,5	Smart Holding/Evraz Gruppe
Poltawaer GOK	593,7	Ferrexpo AG
Zentrales GOK	592,4	Metinvest
Kriworoschskij Eisenkombinat	255,3	Metinvest/Privat-Gruppe
Zaporoschskij Eisenkombinat	176,2	Minerfin/Zaporoshstal/ KSK Consulting
»Suchaja Balka« OAO	110,6	Evraz
Ordschonikidser GOK	96,3	PrivatBank
Marganetsker GOK	81,1	PrivatBank

Quelle: Lidery biznesa Ukrainy Top 100, <http://gorizontmedia.com.ua/lang/ru/izdatelstvo/top-100-lidery-biznesa-ukrainy/>

Grafik 2: Entwicklung der ukrainischen Eisen- und Stahlproduktion 1980–2009 (Mio. t)



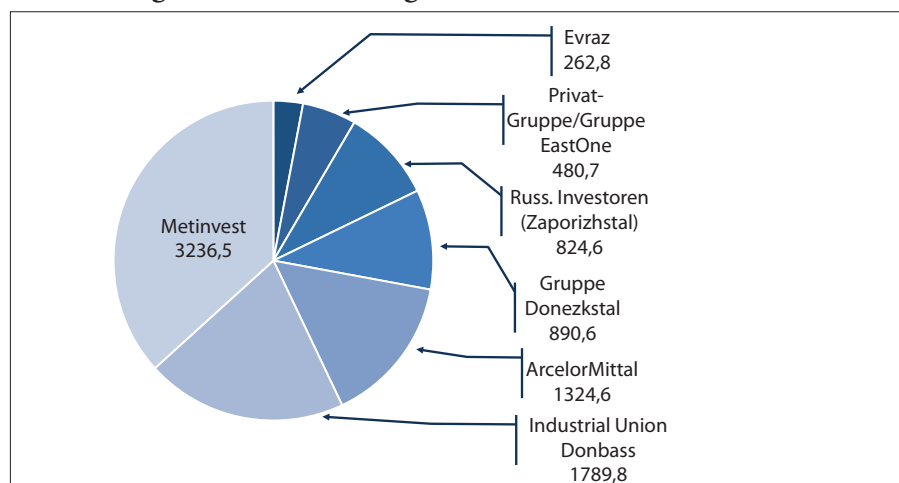
Quelle: Staatliches Ukrainisches Statistikkomitee, <http://www.ukrstat.gov.ua>

Tabelle 2: Die zehn größten ukrainischen Gusseisen- und Stahlproduzenten 2009 und ihre aktuellen Eigentümer

Unternehmen	Umsatz in Mio. Euro	Eigentümer
»Azovstal«	1444,8	Metinvest
ArcelorMittal Krywyi Rih	1324,6	ArcelorMittal
Mariopoler Stahl- und Eisenwerke »Iljitsch«	1228	Metinvest
Altschewsker Stahl- und Eisenwerke	926,8	Industrial Union Donbass
»Donezkstal«	890,6	Gruppe Donezkstal
Dnipropetrowskij Stahl- und Eisenwerke «Dscherschinskij«	863	Industrial Union Donbass
»Zaporizhstal«	824,6	Russ. Investoren
Jenakijewaer Stahl- und Eisenwerke	563,7	Metinvest
Nikopoler Stahlwerk	480,7	Privat-Gruppe/Gruppe EastOne
Eisenwerke »Petrowski«	262,8	Evrax

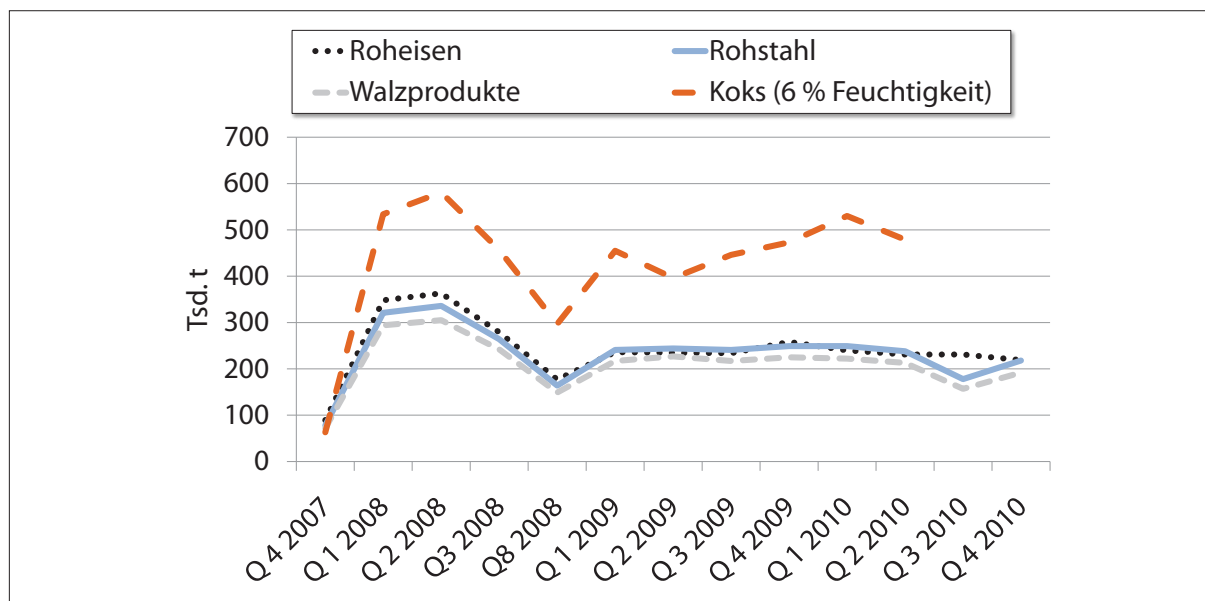
Quelle: Investgazeta.net, <http://www.investgazeta.net/kompanii-i-rynki/top-100-159472/> und eigene Recherchen.

Grafik 3: Die zehn größten ukrainischen Gusseisen- und Stahlproduzenten 2009, zusammengefasst nach Holdings (nach Umsatz)



Quelle: Investgazeta.net, <http://www.investgazeta.net/kompanii-i-rynki/top-100-159472/> und eigene Recherchen.

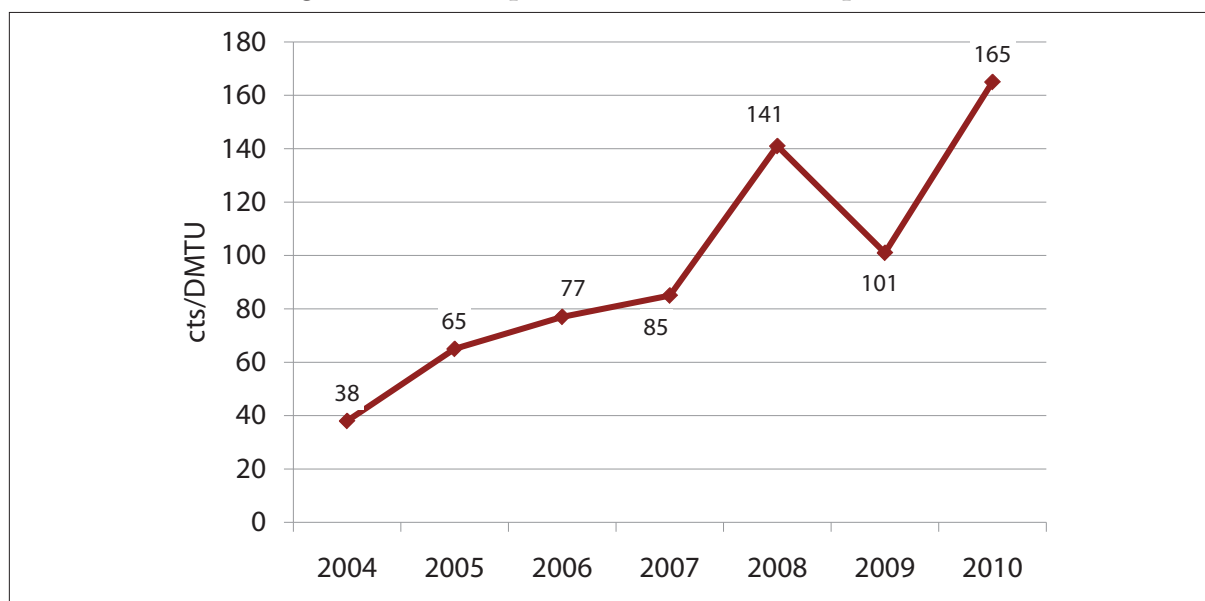
Grafik 4: Produktion von Evraz in der Ukraine (Tsd. t)



Quelle: Homepage von Evraz, http://tools.euroland.com/eurolandinteractive/ru-evr/ru-evr_qda.asp?lang=english

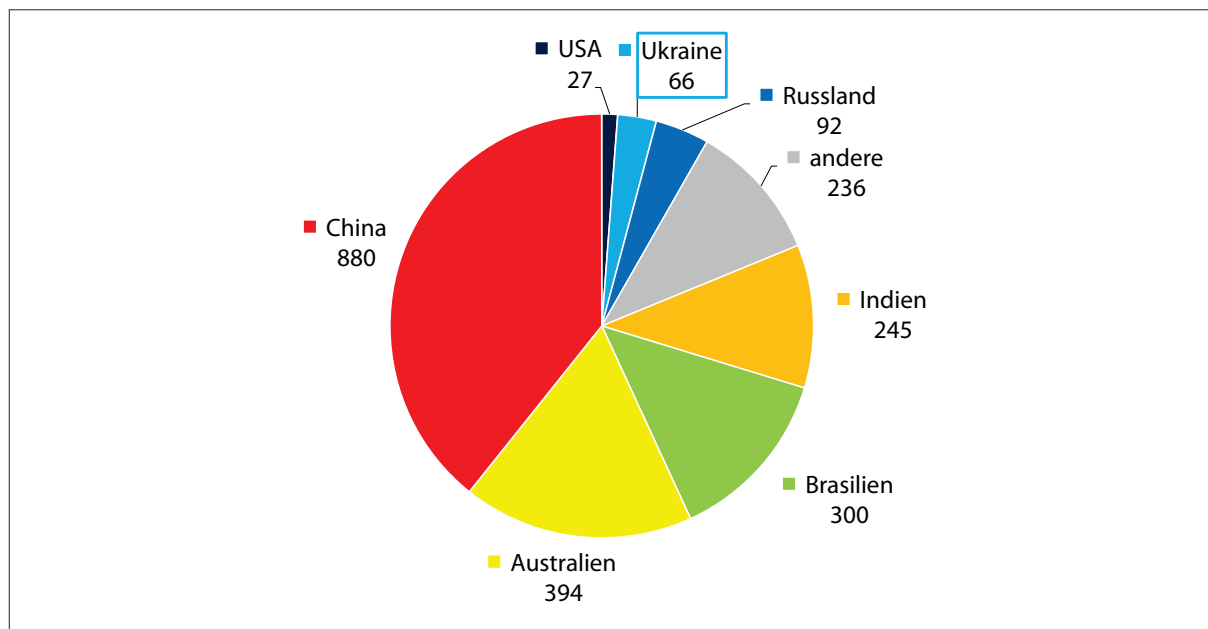
Teil 2: Die ukrainische Eisenerz- und Stahlindustrie im internationalen Vergleich

Grafik 5: Entwicklung des Weltmarktpreises für Eisenerz (cents per dry metric ton unit)



Quelle: International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/np/res/commod/index.asp>

Grafik 6: Anteil der Ukraine an der weltweiten Eisenerzförderung 2009 (Mio. t)



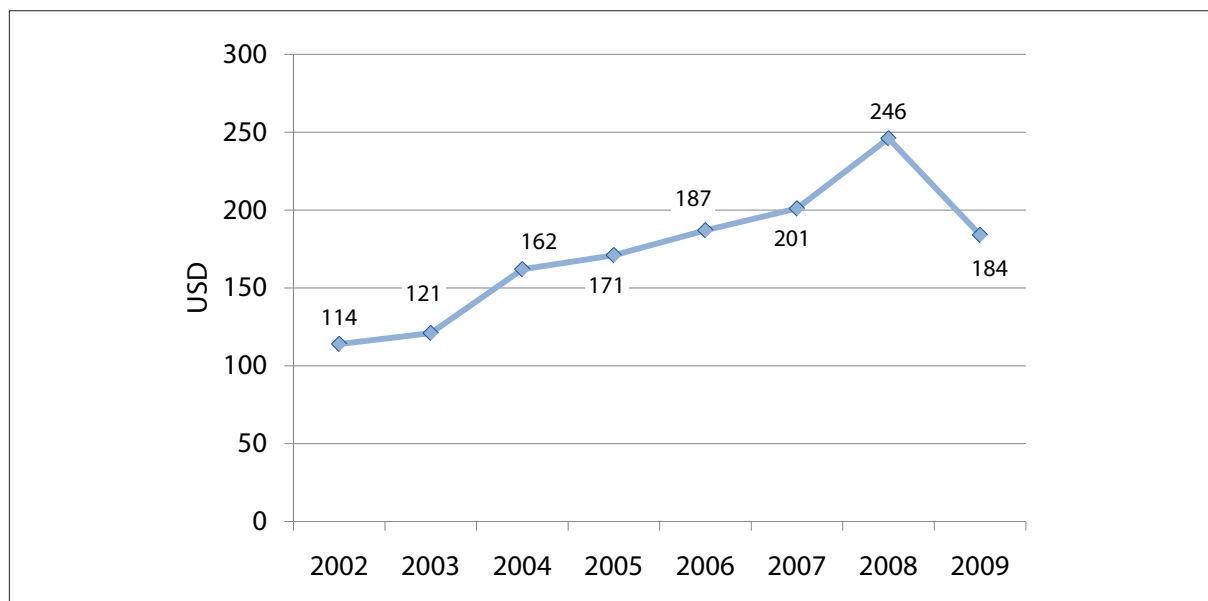
Quelle: U.S. Department of the Interior: U.S. Geological Survey, Mineral Commodity Summaries 2011, minerals.usgs.gov/minerals/pubs/mcs/2011/mcs2011.pdf

Tabelle 3: Die weltweit größten Eisenerzproduzenten, Frühjahr 2010

Unternehmen	Land	Produktionskapazität in Mio. t
Vale Gruppe	Brazilien	417,1
Rio Tinto Guppe	UK	273,7
BHP Billiton Gruppe	Australien	188,5
ArcelorMittal Gruppe	UK	78,9
Fortescue Metals Gruppe	Australien	55,0
Evrzholding	Russland	50,4
Metalloinvest	Russland	44,7
AnBen Gruppe	China	44,7
Metinvest Holding	Ukraine	42,8
Anglo American Gruppe	Südafrika	41,1

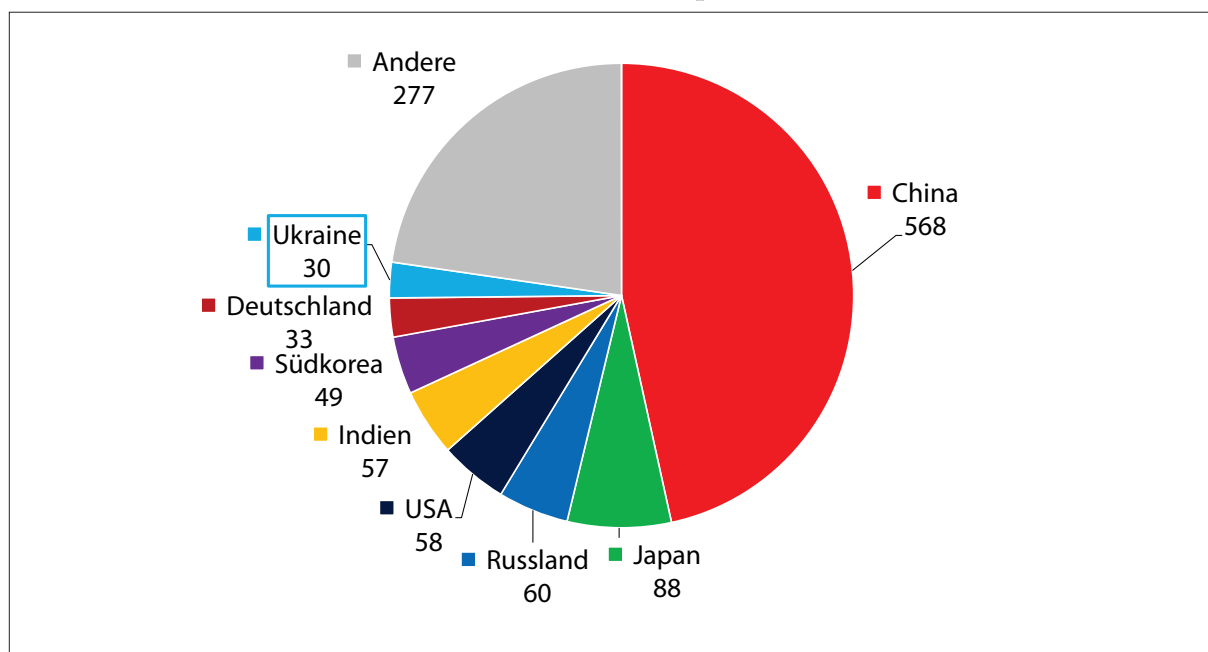
Quelle: GLOBAL IRON & STEELMAKING PLANT INFORMATION, Plant data analysis from James King, <http://www.steelonline.com/plant.html>

Grafik 7: Entwicklung des Weltstahlpreises 2002–09 (USD)



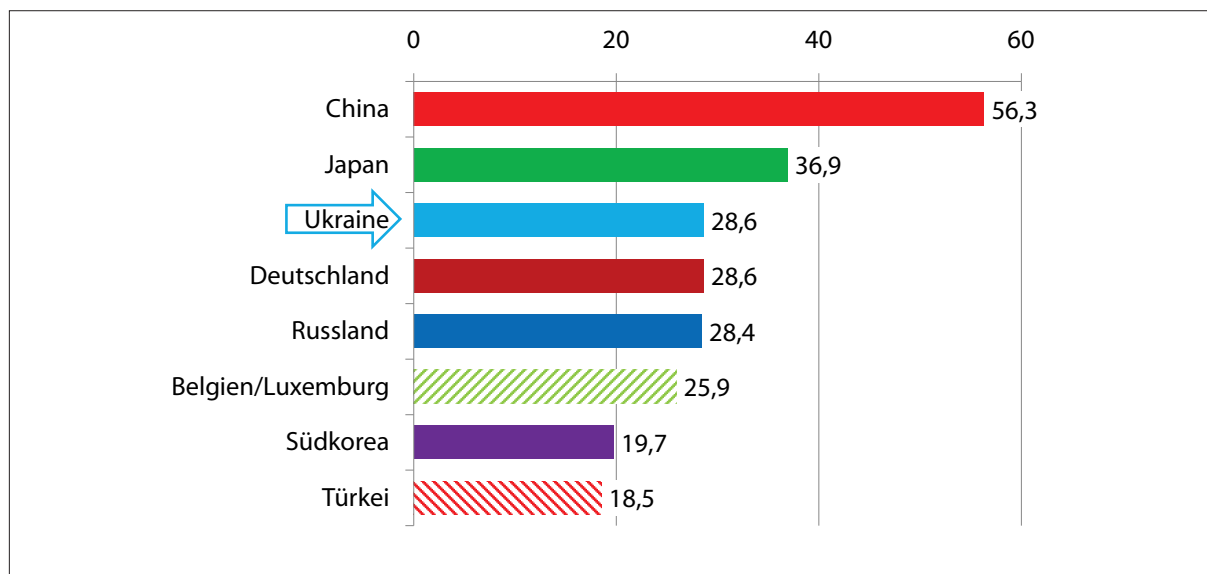
Quelle: Preisindikator WPU101 (Iron and Steel), US Bureau of Labor Statistics, http://data.bls.gov/pdq/SurveyOutputServlet?series_id=WPU101&data_tool=Xgtable

Grafik 8: Anteil der Ukraine an der weltweiten Stahlproduktion 2009 (Mio. t)



Quelle: World Steel Association, <http://www.worldsteel.org/>

Grafik 9: Anteil der Ukraine am weltweiten Stahllexport 2008 (Mio. t)



Quelle: World Steel Association: World Steel in Figures 2010, <http://www.worldsteel.org/index.php?action=publicationdetail&id=101>

Tabelle 4: Ausgewählte führende Stahlproduzenten 2009

Rang	Unternehmen	Land	Produktion in Mio. t
1	ArcelorMittal	UK	77,5
2	Baosteel	China	31,3
3	POSCO	Südkorea	31,1
4	Nippon Steel	Japan	26,5
9	Severstal	Russland	16,7
10	Evrz	Russland	15,3
20	ThyssenKrupp	Deutschland	11,0
23	Magnitogorsk	Russland	9,6
28	Metinvest	Ukraine	7,4
31	Metalloinvest	Russland	6,5

Quelle: World Steel Association: World Steel in Figures 2010, <http://www.worldsteel.org/index.php?action=publicationdetail&id=101>

Verfassungsänderung: Fünfjährige Legislaturperiode für das Parlament

Am 1. Oktober 2010 kehrte die Ukraine zu ihrer Verfassung von 1996 zurück und bereits sieben Tage später legte das Parlament dem Verfassungsgericht erneut eine Änderung vor. Die Legislaturperioden des nationalen Parlaments und der kommunalen Parlamente sollten von vier auf fünf Jahre verlängert werden, so wie es auch die bisher gültige Verfassung vorgesehen hatte. Ohne eine Änderung hätten die nächsten Parlamentswahlen bereits im März 2011 stattfinden müssen. Der eingereichte Vorschlag wurde am 19. November 2010 vom Verfassungsgericht genehmigt und noch am gleichen Tag vom Parlament in erster Lesung mit 305 Stimmen bestätigt.

Am 1. Februar 2011 nahm das Parlament dann die Neuregelung der Amtszeiten mit knapper Zweidrittelmehrheit (310 von 450 Stimmen) an. Während die Opposition in den darauffolgenden Tagen Unterschriften für eine Prüfung der Rechtmäßigkeit der Abstimmung sammelte, unterschrieb Präsident Janukowytch bereits am 3. Februar das Gesetz. Die Opposition geht davon aus, dass 25 Ja-Stimmen von Abgeordneten stammen, die bei der Abstimmung nicht anwesend waren. Die sieben Parlamentarier der Fraktion Block Tymoschenko-Vaterland, die für die Verfassungsänderung gestimmt hatten, wurden umgehend aus der Fraktion ausgeschlossen.

Von nun an werden Parlaments- und Kommunalwahlen am letzten Sonntag im Oktober des fünften Wahljahres abgehalten, Präsidentschaftswahlen am letzten Sonntag im März des fünften Amtsjahres.

Somit finden die nächsten Parlamentswahlen in der Ukraine am 28. Oktober 2012 statt, die nächsten Präsidentschaftswahlen am 29. März 2015.

Die Änderungen betreffen die Artikel 76, 77, 136 und 141 der Verfassung. Den Gesetzestext finden Sie hier: http://portal.rada.gov.ua/rada/control/ru/publish/article/news_left?art_id=237674&cat_id=153103

Verteilung der Stimmen für und gegen eine Verlängerung der Legislaturperiode des Parlaments

Partei	dafür	dagegen	Enthaltungen	nicht gewählt	nicht anwesend	Fraktionsstärke
Partei der Regionen	180	0	0	0	0	180
Block Tymoschenko-Vaterland	7	10	0	12	84	113
Unsere Ukraine	41	4	0	12	14	71
Kommunisten	25	0	0	0	0	25
Volkspartei	20	0	0	0	0	20
ohne Fraktion	37	1	0	1	2	41

Quelle: Homepage des Parlaments der Ukraine, http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/radac_gs09/g_frack_list_n?ident=17840&krit=66

Da das internationale Echo auf die Verfassungsänderung sehr verhalten ausfiel, bringen wir hier einige Pressestimmen aus der Ukraine und Russland.

Gaseta po kiewski (Kiew), 2.2.2011

Parlament ändert die Verfassung, wie es ihm gefällt: Abgeordnete verlängern sich ihre Amtszeiten, von Natalja Mereschtschuk und Dmitrij Orlow

[Das Ergebnis ist günstig für die derzeitige politische Führung.] Offen gestanden hat diese Entscheidung aber auch die Opposition hoch erfreut, denn viele aus deren Reihen werden bei den nächsten Wahlen möglicherweise nicht mehr ins Parlament einziehen und kommen auf diesem Weg zu zwei weiteren ruhigen Jahren, mit Vergünstigungen, Schutz vor Strafverfolgung und gewissen Vollmachten. Keiner von ihnen hat seine Freude jedoch offen gezeigt. Kaum war das Ergebnis der Wahl bekannt geworden, »säuberte« die Führung des Blocks Tymoschenko ihre Reihen.

<http://mycityua.com/articles/country/2011/02/02/040448.html>

Komsomolskaja prawda w Ukraine (Kiew), 2.2.2011

Abgeordnete ändern die Verfassung und verschieben die Wahlen, von Katerina Sorina

Diese Abstimmung kostete den Block Tymoschenko sieben »Mitkämpfer«. An diesem Tag wurden die unbotmäßigen Parlamentarier aus der Partei ausgeschlossen, weil sie Julija Tymoschenko die Tür ins Parlament vor der Nase zugeschlagen haben. Wenn die Parlamentswahlen noch in diesem Jahr stattfinden würden, könnte Tymoschenko ins Parlament einziehen und somit auch Immunität genießen. So aber ist nicht gewiss, was noch alles bis zum Herbst 2012 geschehen wird.

<http://kp.ua/daily/020211/264851/>

Segodnja.ua (Kiew), 2.2.2011

Für die Verschiebung der Wahlen wurden die Abgeordneten vom Block Tymoschenko und von Unsere Ukraine nicht bezahlt. Sie haben auch so Angst, von Anastasija Rafal

Das Parlament hat sehr schnell und entschlossen eine der wichtigsten Abstimmungen des Jahres durchgeführt: die Verlegung der Parlamentswahlen auf den 28. Oktober 2012. Der politischen Führung war das sehr wichtig, die Opposition mit Julija Tymoschenko an der Spitze hingegen hatte genau das verhindern wollen und auf Wahlen im März 2011 gesetzt. [...] Bemerkenswert ist, dass das Ergebnis der Abstimmung vorher nicht feststand. Für die Annahme des Gesetzes war eine Zweidrittelmehrheit nötig, über die die führungsloyalen Fraktionen aber nicht verfügen.

Krymskoe echo (Simferopol), 2.2.2011

Das Datum der Parlamentswahlen wurde vom allgemeinen Streben nach Eigennutz bestimmt, Expertenmeinung

»Diese Entscheidung war zu erwarten, weil die Logik des regierenden Lagers solch ein Abstimmungsverhalten vorschreibt. Man rechnet damit, dass die Wahlen erst nach der Europameisterschaft 2012, die die Stimmung in der Gesellschaft kräftig anheben wird, stattfinden werden. Außerdem wird es bis dahin einige positive Entwicklungen aufgrund der heute begonnenen Reformen geben [...] Der Präsident wird eine Verfassungsversammlung einberufen, die öffentliche Meinung wird geformt werden, eine allgemeine Diskussion wird stattfinden, das heißt, all dies wird der Kompensation der sozialen Probleme dienen.« (Alexander Formantschuk)

<http://www.kr-eho.info/index.php?name=News&op=article&sid=5880>

Gazeta.ru (Moskau), 1.2.2011

Der besondere Weg der Ukraine, Sergej Sidorenko

Es ist beinahe das Einzige, was von den Plänen der Präsidentialadministration bekannt ist: dort wird die abermalige Änderung der Wahlperioden von Parlament und Präsident geprüft. Die Wahltermine müssen so verlegt werden, dass beide Wahlen in einem Jahr stattfinden – im Frühjahr die zum Präsidenten und im Herbst die zum Parlament. »Auf diese Weise werden wir nicht jedes Jahr irgendeinen Wahlkampf führen und die Bevölkerung nicht unnötig aufwühlen«, erklärte der Fraktionsvorsitzende der Partei der Regionen Oleksandr Jefremow.

Nach der neuen Regelung werden die Präsidentschafts- und die Parlamentswahlen mit einem Abstand von zweieinhalb Jahren abgehalten. Für ihre Zusammenlegung müsste also die Amtszeit der Parlamentarier oder des Präsidenten wesentlich gekürzt oder, im Gegenteil, verlängert werden.

http://www.gazeta.ru/politics/2011/02/01_a_3511918.shtml

Golos Rossii (Moskau), 2.2.2011

Das Parlament der Ukraine verlängert sich das Leben, Michail Schejnkman

Experten finden es bemerkenswert, dass sich für die Verlegung der Wahlen im Parlament tatsächlich die verfassungsgebende Mehrheit gefunden hat, von der die »Regionalen« geträumt haben. Die Idee unterstützten nicht 300, sondern sogar 310 Abgeordnete. [...] Erstens ist es den Machthabern gelungen die nötigen Stimmenanzahl zu bekommen, was bedeutet, dass man diese Praxis der Verfassungsänderung durchaus wiederholen kann, auch in Bezug auf grundlegendere Fragen. Zum Beispiel wenn der Wunsch erwacht, den Status der russischen Sprache in der Ukraine neu zu regeln.

http://rus.ruvr.ru/radio_broadcast/2151760/42497896/index.html

Vom 26. Januar bis zum 7. Februar 2011

26.1.2011	Die Parteien Gerechtigkeit, Volksmacht, Sozialdemokratische Partei der Ukraine und die Vereinte Sozialdemokratische Partei der Ukraine beschließen die Vereinigung in einer neuen Partei mit dem Namen Ukrainische Demokratische Linke. Geplant ist der Einzug ins Parlament bei den nächsten Wahlen sowie der Sieg ihres Präsidentschaftskandidaten 2015.
26.1.2011	Das Hohe Verwaltungsgericht lehnt es ab, der Berufungsklage der Sender TVi und 5. Kanal gegen die Annullierung ihrer Sendelizenzen nachzukommen. Im Januar 2010 hatten die beiden Sender zusätzliche Sendefrequenzen erhalten. Der Sender Inter klagte gegen die Entscheidung und im August desselben Jahres wurde die Vergabe zurückgenommen.
27.1.2010	Gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko wird ein zweites Strafverfahren eröffnet. Es geht um den nicht gesetzeskonformen Erwerb von Krankenwagen, die für den geplanten Einsatz ungeeignet seien, bei deren Kauf Zollbestimmungen verletzt worden seien und die Tymoschenko zu Agitationszwecken im Wahlkampf genutzt habe.
27.1.2010	Das Hohe Gericht Russlands beschließt die Auflösung der Organisation Föderale national-kulturelle Autonomie der Ukrainer in Russland. Vier Tage später setzt es die vom russischen Justizministerium angestrebte Auflösung der Vereinigung der Ukrainer in Russland aus.
29.1.2010	Auf einem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei werden 14 Ortsorganisationen auf der Krim, die Leonid Gratsch in seiner Auseinandersetzung mit der Parteizentrale unterstützt hatten, aufgelöst. Gratsch ist der ehemalige Vorsitzende der Partei auf der Krim und war im Dezember 2010 aus der Partei ausgeschlossen worden. Gratsch kündigt an, eine Gegenpartei zu gründen.
31.1.2011	Julija Tymoschenko, Vorsitzende der Partei Vaterland, kann die Einladung des Präsidenten des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek nach Brüssel nicht annehmen, weil die Generalstaatsanwaltschaft ihren Antrag auf Ausreise ablehnt. Für diese Zeit seien wichtige Gerichtstermine angesetzt und man befürchte eine Absetzung Tymoschenkos ins Ausland. Sie ist wegen Veruntreuung angeklagt und darf das Land nicht verlassen.
31.1.2011	Gegen den ehemaligen Leiter der Staatlichen Kommission für materielle Reserven und engen Mitarbeiter der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, Mychajlo Poschywanow, wird ein Strafverfahren wegen Veruntreuung von Staatsgeldern eingeleitet.
1.2.2011	Das Parlament entscheidet sich mit 310 Stimmen für eine Angleichung der Wahlperioden der Volksvertreter auf nationaler und lokaler Ebene – von nun an wird auf allen Ebenen für fünf Jahre gewählt. Gleichzeitig wird die nächste Parlamentswahl auf Oktober 2012 und die kommende Wahl des Präsidenten auf März 2015 festgelegt. Der Block Tymoschenko-Vaterland schließt sieben Mitglieder aus seiner Fraktion aus, weil diese sich für die Verfassungsänderung ausgesprochen hatten. Tags darauf erklärt der Abgeordnete Wolodymyr Arjew von der Fraktion Unsere Ukraine, zumindest seine Stimme sei gefälscht worden, denn er sei mit seiner Stimmkarte zum Zeitpunkt der Abstimmung in den USA gewesen.
1.2.2011	Der ehemalige Erste Stellvertretende Justizminister Jewgenij Kornijtschuk legt beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof Klage gegen seine Festnahme ein. Er war im Dezember 2010 wegen Amtsmissbrauch festgenommen worden.
7.2.2011	Nachdem der Präsident des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek die Einschränkung der Pressefreiheit in der Ukraine kritisiert hat, äußert auch der Vorsitzende der OSZE Audronius Ažubalis Bedenken bezüglich der Lage der Menschenrechte und der Pressefreiheit in der Ukraine.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de